

## Industrie stößt bei Umweltschützern auf Mauer

### Genehmigungen – Keine Beschleunigung von Kraftwerks- und Straßenbau

Industrieunternehmen und Elektrizitätswirtschaft sind erbost: Ihre Forderung nach einer Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Kraftwerke, Stromnetze, Straßen und Bahnstrecken wurde nicht erhört.

Umweltminister Nikolaus Berlakovich will sich nächsten Dienstag eine Novelle zur Umweltverträglichkeitsprüfung absegnen lassen, die keinerlei Vorteile für Infrastrukturprojekte bringen wird. Umweltschützer haben sich also durchgesetzt. Es werden nur kleine Änderungen zur Anpassung an die EU-Richtlinie vorge-

nommen. „Das ist absolut unzureichend“, ärgert sich Peter Koren, Generalsekretär der Industriellenvereinigung. Da habe die Regierung so viel Geld wie noch nie zur Konjunkturstützung beschlossen, aber eine Beschleunigung der Investitionen werde verweigert.

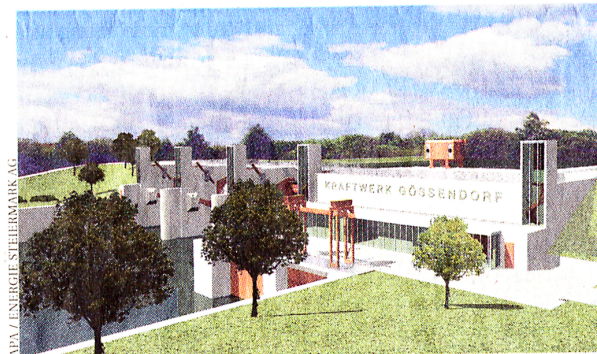
**Investitionen** Allein die Stromversorger hätten Kraftwerks- und Leitungsprojekte im Volumen von sieben Mrd. Euro in Vorbereitung. „Sie wollen jetzt bauen und das wäre auch gut für die Konjunktur“, betont Koren. Aber die Regie-

rung gebe den Unternehmen keinen Rückhalt.

Die Hauptforderung der Industrie: Das öffentliche Interesse an Versorgungssicherheit und für einzelnen Infrastrukturprojekten sollte im UVP-Gesetz festgeschrieben werden. „Das heißt nicht, dass damit alle anderen Interessen wie jene des Umweltschutzes oder der Bürger überboten werden“, bemüht sich Koren Bedenken der Gegner zu zerstreuen. Es gehe vielmehr darum, den Vollzugsbehörden vor Ort ein zusätzliches Argument bei der Abwägung der Interessen zwischen Ökolo-

gie und Wirtschaft zu geben. Die Umweltschützer aber befürchten genau das: Wenn das öffentliche Interesse im Gesetz festgeschrieben wird, rutscht Umwelt- und Naturschutz auf Platz zwei zurück. „Die Industrie fährt darüber“, lautet die Sorge der Ökologen.

Die UVP-Verfahren dauern laut Industrie derzeit viel zu lange. Unterstützung der Wirtschaft in der aktuellen Krise sei daher trotz der Konjunkturpakete der Regierung kaum möglich. Eine solche Belebung hätte etwa die Bauwirtschaft dringend nötig. „Wir haben bis Septem-



**33 Monate** für Kraftwerksgenehmigung – zu lange, meint die Industrie

ber noch relativ gute Aufträge. Dann aber bricht es dramatisch ab. Wir benötigen dringend Anschlussprojekte“, sagt Andreas Kisling, Geschäftsführer der Asamer TransportBeton. Das Unternehmen liefert etwa Beton für den Autobahnbau. Die

Autobahnfinanzierungsgesellschaft Asfinag hat zwar eine Reihe von Projekten und auch das Geld dafür, mangels rascher Genehmigungen sei frühestens in einem Jahr mit einem Baubeginn zu rechnen.

– Irmgard Kischko